

Journalen vielfach besprochenen Audienz, welche Se. Durchlaucht der Fürst Anersberg bei Sr. Majestät gehabt haben soll, und auf dem Umstande, daß der genannte Fürst der kaiserlichen Hofkapelle beigezogen worden sei.

Wie wir als zuverlässig erfahren, hat nun Fürst Carlos Auersberg bei Sr. Majestät Audienz angefordert und erhalten, noch ist derselbe in diesen Tagen zur kaiserlichen Hofkapelle geladen gewesen, ja Se. Majestät haben, wie uns auf das bestimmteste versichert wird, von dessen Anwesenheit in Wien erst durch die Mittheilungen der Blätter Kenntniß erhalten.

In einem Blatte finden wir Andeutungen über die Stellung, welche die in Holstein exponirte Brigade Kalik im Falle des Ausbruchs eines Krieges zwischen Preußen und Oesterreich nehmen würde. Demzufolge werde die Brigade Kalik sich nach Hannover zurückziehen und J. W. Gadenz das Commando über die vereinigte österreichisch-hannoversche Armee übernehmen. Eine solche Anordnung war, wie man uns berichtet, früher, als die Stellung Hannovers noch nicht alterirt war, wirklich getroffen. Da sich aber Hannover neuerdings für eine vollständige Neutralität zu erklären scheint, ist man auch von den früheren Plänen wieder abgekommen und es dürfte eine Vereinigung der österreichischen und hannoverschen Truppen nicht stattfinden. In Berlin nun sollen, wie man uns von dort meldet, die Meinungen im Kriegsrathe über das Vorgehen der Preußen gegen die Brigade Kalik im Kriegsfalle getheilt sein und scheint man sich zu einem definitiven Beschlusse noch nicht geeinigt zu haben.

Politische Uebersicht.

Die Ruhe der Festtage ist außer dem Waffengerassel der ununterbrochen fortgesetzten Rüstungen durch nichts unterbrochen worden. Der Krieg hat wenigstens die Feiertagsruhe nicht gestört, obwohl es nun gewiß ist, daß die Tage, ja die Stunden bis zu seinem Ausbruche gezählt sind. Neues haben wir demnach nach der Ruhe, welche das Fingergelb uns auferlegte, nicht zu berichten und um unsere Leser über den Gang der Verhältnisse im Fortlaufenden zu erhalten, sind wir zu einer kleinen Nachlese der Ereignisse der jüngsten Tage gehalten. In der am vergangenen Samstag den 19. d. M. abgehaltenen Bundestagsitzung wurde in der Bamberger Conferenz vereinbarte Antrag eingebracht. Alle Bundesglieder, welche gerüstet hatten, sollen hiernach vom Bunde aufgefördert werden, ob und unter welchen Voraussetzungen sie gleichzeitig und von einem vom Bunde zu bestimmenden Tage an ihre Streitkräfte auf den Friedensstand zurückzuführen wollen. Nächsten Donnerstag soll über diesen Antrag abgestimmt werden. Bis dahin werden wohl Oesterreich und Preußen noch vor der Abstimmung Erklärungen abgeben. Es ist voranzusehen, daß Oesterreich erklären wird, sich dem Bundesbeschlusse in Allem bereitwillig zu fügen. Preußen wird wahrscheinlich alle Schuld der Rüstungen auf Oesterreich schieben, und müsse in Consequenz seiner Erklärung vom 9. d. den Anlaß ergreifen und seinen Austritt aus dem Bunde erklären. Was geschehen wird, wir können es nicht wissen; aber der heutige Antrag am Bunde und die Antwort, die darauf erfolgt, wird den Mittelstaaten jedenfalls Klarheit schaffen über die Position, die sie zu wählen haben. Insofern ist der Antrag geschickt stillirt.

Die hannoversche „Nordsee-Zeitung“ enthält folgende halbofficielle Mittheilung: „Preußen hat nirgends eine Communion an Hannover gerichtet, wozu auch nirgends ein Grund vorgelegt, noch einen Vertrag mit Hannover abgeschlossen. Wohl aber hat die preussische Regierung hiesigen Orts für den Fall eines Krieges die Neutralität angeboten; doch sind Verhandlungen darüber noch nicht zugelegt, wenn allerdings auch Hannover für den hoffentlich nie eintretenden Fall eines Krieges zwischen Oesterreich und Preußen, der übrigens, durch das Bundesrecht verboten, die Sprengung des Bundes zur Folge hätte, Neutralität zu beobachten gesonnen ist. Bis dahin aber steht Hannover auf seinem alten Standpunkte, den Bundesstandpunkt unter allen Umständen zu bewahren.“

Nach Mittheilungen, welche einem Berliner Blatte über die Resultate der Bamberger Conferenz zugehen, stünde Herr v. Bismarck ein Schachzug auch auf dem Gebiete der Bundesreform bevor. Die Mittelstaaten sollen nämlich in der Lage sein, ihren demnächst zusammentretenden Kammern wenigstens die Umrisse eines Programms in der deutschen Frage vorzulegen, eines Programms, das sich allerdings vielleicht noch in einigen Punkten modifiziren würde, wenn es gelten sollte, um den Preis der einen oder der anderen Modification die Zustimmung Preußens zu erwirken, das aber von vornherein der Zustimmung Oesterreichs versichert wäre. — Da sich Preußen bewogen gefunden hat, noch vor der Erledigung der Frage, ob und wann das deutsche Parlament einzuberufen sei, die hauptsächlichsten Punkte seines Reformplanes bekannt zu geben, so wurde wenigstens vorläufig der Entschluß der mittelstaatlichen Coalition und des Renner-Ausschusses, den preussischen Antrag auf Parlaments-Berufung einfach abzulehnen, aufgegeben. Es ist beschloffen worden, die Gesandten neu zu instruiren.

Aus Kiel läßt sich das Bismarcksche Zeitjournal melden, im Stillen seien alle Vorbereitungen getroffen worden, das holsteinische Bundescontingent einzuberufen. Diese Nachricht verlegt die ehemalige „Norddeutsche“ eben nicht in die angenehmste Stimmung.

Aus Berlin, den 18. d., wird der „Preffe“ geschrieben: Mit der wichtigen Nachricht, daß im Momente, wo wir schreiben, schon über 80,000 Mann in Niedererschleien concentrirt sind, geht heute eine andere Mittheilung, welche den König schon in den nächsten Tagen nach Schlesien zur Inspicirung dieser Truppenmacht abreißen und eine Proclamation an die Armee richten läßt. An der Sprache unserer Officiösen merkt man nicht, wie fatal man hier von der diplomatischen Einmischung der Westmächte in der Kriegshandel berührt ist. Einer unserer Minister sagte heute in dieser Richtung: „Die Großmächte üben heute erst den Druck auf die Cabinete von Berlin und Wien aus, den sie besser vor Wochen hätten üben sollen. Preußen würde schon unfehlbar zur Offensivübergegangenen sein, wenn die gegenwärtige diplomatische Intervention nicht in eine bewaffnete auszuarten drohte.“

Dem „Dresdener Journal“ meldet man telegraphisch aus Berlin, „Preußen habe in Wien Genugthuung wegen der „Grenzüberschreitung“ bei Klingebuechel ver-

langt; also wäre endlich der Embryo zum lange vergeblich gesuchten Casus belli da! Schlimm ist es für die kriegerischen Berliner Staatsmänner nur, daß, wie die „Abendpost“ erklärt, der Commandant der betreffenden k. k. Truppenabtheilung auf das bestimmteste in Abrede stellt, daß eine derartige Grenzverletzung stattgefunden habe. Es sind übrigens, wie das amtliche Blatt ferner erzählt, genaue Erhebungen über diese Angelegenheit angeordnet worden. Bei dieser Gelegenheit ist dem betreffenden Commandanten neuerdings eingeschärft worden, sich streng an die bereits bestehenden Weisungen über die Grenzüberwachung zu halten, um dadurch jeder begründeten Reclamation vorzubeugen.

Die „B. V. Zig.“ meldet: Im Laufe dieser Woche soll die Trennung der vereinigten österreichisch-preussischen Zollämter längs der ganzen preussischen Grenzstrecke erfolgen.

Nachdem in Paris eine Woche lang über die Congressfrage perorirt worden, beginnt man nun in Wien gleichfalls herum zu nagen und herum zu zerren.

Der „N. fr. Pr.“ liegen mehrere Berichte vor, von denen wir das Wesentlichste mittheilen. Ein Correspondent des citirten Blattes schreibt:

„Es scheint sich zu bestätigen, daß die zwischen Drouin de Lhuys einerseits und den Gesandten Englands und Russlands andererseits geführten Verhandlungen über einen nach Wien, Berlin und Florenz zu richtenden Congressvorschlag zu einem Resultate (?) geführt haben. Es soll nämlich gefestigt werden von Drouin de Lhuys verfaßte Entwurf der betreffenden Depesche sowohl von Lord Cowley wie von Baron Budberg approbirt worden sein. Mit großer Spannung sieht man dem Congressprogramme entgegen, welches diese Depesche aufstellt, nachdem man weiß, daß noch vor wenigen Tagen Lord Cowley allerdings im Princip gegen einen Congress nichts einzuwenden hatte, wohl aber bedingte, daß als Basis weder die Abtretung Holsteins an Preußen, noch die Abtretung Venetiens an Italien ohne Entschädigung, noch der Umsturz der bestehenden deutschen Bundesverfassung, noch endlich die orientalische Frage aufgestellt werden dürfe, während Baron Budberg eine ähnliche Reserve in Betreff Polens formulirte. Umgekehrt will Preußen, wie man bereits weiß, nur unter der Bedingung in einen Congress willigen, daß alle schwebenden Fragen auf demselben verhandelt werden.“

Ueber eine andere mit dem Congressprojecte nicht in unmittelbarem Zusammenhange stehende Nachricht, über eine vertrauliche Verhandlung allerneuesten Datums zwischen Berlin und Wien wird demselben Blatte aus München Folgendes berichtet:

„Man hat hier amtliche Berichte aus Berlin und Wien, aus denen sich ergeben würde, daß von preussischer Seite in den allerletzten Tagen durch Baron Werther in Wien erklärt worden ist, König Wilhelm wünsche die Erhaltung des Friedens und sehe österreichischen Vorschlägen zur Beilegung der Streitigkeiten entgegen. Graf Mensdorff soll darauf erwidert haben, er habe stets Namens Sr. Majestät des Kaisers den Wunsch, den Frieden zu erhalten, betont; Oesterreich habe nichts gethan, den Frieden zu stören, es begehre nichts, und müsse vielmehr von dem preussischen Cabinet formulirte Vorschläge erwarten. Gleichzeitig hat in Berlin Namens der kaiserlichen Regierung Graf Károlyi dem Sinne nach daselbe erklärt und an die vom Grafen Bismarck verprochene Vorlage in Sachen der Herzogthümer erinnert. Diese diplomatischen Conversationen sind, ich glaube es verbürgen zu können, noch nicht 48 Stunden alt.“

Ueber den Allianzvertrag, den Preußen mit Italien abgeschlossen hat, verlautet Folgendes: „König Wilhelm und Victor Emanuel verabreden, falls Preußen oder Italien von Oesterreich angegriffen wird, dies solidarisch für sich als Casus belli anzusehen. In diesem Falle werden sie einvernehmlich operiren und entsagen dem Rechte, ohne gegenseitiges Einvernehmen Frieden zu schließen. Wird Preußen durch Oesterreich zu einer Kriegserklärung gegen Oesterreich provocirt, so nimmt Italien gleichfalls als Bundesgenosse am Kampfe Theil. Beide Staaten werden sich auf keine Allianz mit einer anderen Macht einlassen, ohne sich vorher miteinander zu berathen. Die Abmachung soll bis Ende 1866 gelten.“

Die italienische Armee ist längs der Ufer des Po aufgestellt und zählt in diesem Augenblicke 200,000 Mann mit 400 Kanonen. Am Ende dieses Monats wird sie eine Reserve von 150,000 Mann haben.

Garibaldi hat den Antrag, das Obercommando über die italienischen Freischaren zu übernehmen, in einem an den Kriegsminister gerichteten Schreiben bereitwilligst angenommen. Das Schreiben, welches Oberst Cucchi von Caprera nach Florenz überbrachte, lautet:

„Herr Minister! Ich nehme mit wahrhaftigem Danke die von dem Ministerium getroffenen und von Sr. Majestät gebilligten Bestimmungen über die Freischaren an, und bin Ihnen sehr erkenntlich für das Vertrauen, das man in mich setzt, indem man mir den Befehl über dieselben übergibt. Wollen Sie bei Sr. Majestät sich zum Vermittler meiner Gefühle und der Hoffnungen machen, recht schnell mit unserer glorreichen Armee für die Erfüllung unserer nationalen Wünsche wirken zu können. Ich danke Ihnen für die Zuvorkommenheit, mit der Sie mir das Decret mittheilen, und verbleibe Ihr ergebenster
Den 11. Mai. Garibaldi.“

Neuestes.

Triest, 21. Mai. In Ancona wurden für die Ankunft einer 40 Schiffe zählenden Flotte Vorbereitungen getroffen.

Dresden, 21. Mai. Ein Extrablatt des officiellen „Dresdener Journal“ meldet: Der Pariser Congress ward allseitig angenommen; die Eröffnung erfolgt nächsten Freitag. (Ob die Sache bereits so weit gediehen, bezweifeln wir, da von einer in Wien angelangten, hierauf bezüglichen Mittheilung noch nichts bekannt geworden. Anmerkung des Correspondenzbureau.)

Berlin, 20. Mai. Ein Extrablatt der „Kreuzzeitung“ meldet: Wenn die Mittheilung des „Mémorial diplom.“ wahr ist, daß Oesterreich mit den Mittelstaaten vereinbarte, es wolle die Lösung der Herzogthümerfrage nicht mit Preußen verhandeln, sondern dem Bundestage überweisen, so ist anzunehmen, daß Oesterreich keine Verständigung wolle, da Preußen unzweifelhaft jene Bedingung nicht eingehen könne.

Petersburg, 20. Mai. Das „Journal de Saint Petersbourg“ dementirt, daß der russische Kaiser Oesterreich zur Abtretung Venetiens gerathen, und ihm Unterstützung gegen Preußen versprochen habe; die Bemühungen Russlands bezwecken Beschwichtigung und Versöhnung. Es ist falsch, Russland eine andere Sprache beizulegen, als die freundschaftlicher Ueberredung, eine andere Haltung, als die völliger Unparteilichkeit.

Bukarest, 20. Mai. Nach einer Depesche vom Prinzen von Hohenzollern an die Statthalterchaft ist der Prinz in Turnseverin angekommen. Golesto, Haralambi reisten ihm entgegen zu seinem Empfange.

Ein Proceß.

Peß, 18. Mai.

In dem engen Raume des kleinen Saales des städtischen Criminal-Gerichtes spann sich heute der erste Proceß seit Einführung der böhmisches Preßnorm in Ungarn vor einem Richter-Collegium ab. Als Vorsitzender fungirte der Präses des Criminal-Gerichtes, Herr Heller, als öffentlicher Ankläger Herr Magistrats-Rath Ad. d. Als Angeklagte erschienen: Adolf Sternberg, Hauptmitarbeiter, S. Mandl, verantwortlicher Redacteur, und B. Neumann, Eigenthümer des hier erscheinenden Witzblattes „Pester Kikeriki“.

Der Präses beginnt die Verhandlung mit der Verlesung der Anklage, die dahin lautet, daß Herr Josef Rath, Pfarrer der Leopoldstadt in Peß, durch mehrere in den Nummern vom 11., 18. und 25. Februar d. J. des „Pester Kikeriki“ veröffentlichte Notizen, besondres aber durch ein Gedicht: „An Pfarrer Rath-Brunner“ sich in seiner Ehre verletzt habe, indem diese Artikel geeignet seien, ihn in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. In den Notizen wird Pfarrer Rath angeblich wegen einer Zeugenschaft, die er in Angelegenheit einer Wachsbeleidigung als Augenzeuge gegen einen jüdischen Lächer abgelegt, als Auzenfeind, als Rath Sebastian Brunner angegriffen und wegen einer Aeußerung, die der Herr Pfarrer dabei gethan haben soll, die jüdische Bevölkerung gegen ihn in gehässiger Weise aufgereizt. Da durch dieses Factum ein öffentlicher Seelstörer beschimpft wird und das Bestreben der Angeklagten, die israelitische Bevölkerung aufzuheben, deutlich hervortritt, so begründet dies im Sinne des § 10 des H. Anhanges der Preßverordnung ein Proceßgehen, wobei der Staatsanwalt als öffentlicher Kläger zu erscheinen hat.

Der Präsident fordert hierauf Herrn Adolf Sternberg auf, sich zu vertheidigen. Hierbei entspinnt sich folgendes interessante Zwiegespräch:

Präsident: In welchen Verhältnissen stehen Sie zu diesem Blatte? — Angekl.: Ich bin als Hauptmitarbeiter dabei beschäftigt.

Präsident: Seit wie lange? — Angekl.: Seit ungefähr anderthalb Jahren.

Präsident: Sie haben angegeben, daß Sie in den beanstandeten Notizen nicht den hiesigen Pfarrer Rath, sondern den Wiener Vater Brunner gemeint haben; wie kommt es ferner, daß Sie diesen erst jetzt angreifen? — Angekl.: Die Figur des Vater Brunner er eignet sich nur für ein Witzblatt, und der „Kikeriki“ erscheint erst seit 1. Jänner 1866. Daß ich den hiesigen Pfarrer Rath nicht gemeint habe, geht schon daraus hervor, wie sich dieser mit einem ungarischen, accentuirten á schreibt; mit mehr Recht könnte der Wiener Brunner einen Proceß antretzen, der den Titel Rath nur deshalb trägt, weil er den Juden immer Rath ertheilt, sich an die Rechtgläubigen anzuschließen.

Präsident: Wie kommt es aber, daß dies gerade zu einer Zeit geschah, wo Herr Pfarrer Rath zufälligerweise gegen einen Juden vor Gericht Zeugniß ablegte? — Angekl.: Ich habe bereits in der Voruntersuchung erklärt, daß ich von dem betreffenden Vorfall nichts wußte; ich kenne die Personen, welche in diese Affaire verwickelt waren, gar nicht, ebensowenig wie den Herrn Pfarrer selbst; es liegt kein Grund vor, anzunehmen, daß ich den Letzteren hätte angreifen sollen; daß meine Angriffe aber gerade in jene Zeit fallen, erklärt sich daraus, daß sich trotz der freirechtlichen Regungen, die sich damals allenthalben zu zeigen begannen, trotzdem, daß unsere Volkserrettung eifrig dahin strebte, den Juden ihre menschlichen und bürgerlichen Rechte zu verleihe und die unselige Schidemann zu entfernen, welche Religion von Religion und Volk von Volk trennt — daß sich trotzdem, sage ich, doch wieder eine gewisse Reaction in dieser Beziehung geltend zu machen sucht. Ich will hier nicht an die böhmischen Judenhegen erinnern, welche gerade in diese Zeit fielen, ich habe Beispiele, die uns näher liegen. . . . Und so habe ich es als meine Pflicht erachtet, so weit es in meinen Kräften stand, dagegen zu wirken.

Diese Tendenz läßt sich in allen diesen Blättern nachweisen. Ich habe aber nicht als Jude für Juden, sondern als Mensch für Menschen gesprochen; ich habe nicht den hiesigen Pfarrer Rath, sondern vielmehr das durch den Wiener Rath Brunner vertretene Princip des Judenhasses, das sich dem Fortschritte des Jahrhunderts widersetzt und wieder mittelalterliche Traditionen zur Geltung bringen will, kennzeichnen wollen.

In ähnlichem Sinne äußern sich Redacteur Mandl und der Eigenthümer des Blattes, Herr B. Neumann. Der öffentliche Ankläger hält die Klage aufrecht und beantragt die Schuldigsprechung. In Berücksichtigung des milderen Umstandes, daß dies der erste Proceß des Blattes sei, verlangt er nach dem geringsten im § 10 angegebenen Strafmaß die Verurtheilung sämmtlicher Angeklagten zu acht Tagen Haft und 25 fl. Geldbuße, ferner die Vernichtung der die incriminirten Artikel enthaltenden Nummern des „Pester Kikeriki“.

Präsident gibt hierauf dem Vertheidiger Dr. F. J. Zéressy das Wort. Dieser sucht nachzuweisen, daß nicht Pfarrer Rath, sondern der „Judenrathgeber“ Brunner gemeint sei, und erklärt das zufällige Zusammenreffen der fraglichen Zeugnisaussage des Pfarrers Rath mit dem Aufstehen der Figur „Rath Brunner“ im „Pester Kikeriki“ dahin, daß gerade um diese Zeit in Debreczin, Komorn u. s. w. Kundgebungen von Judenhas erfolgten, die es zu einer zeitgemäßen Idee machten, in einer vom „Wiener Kikeriki“ her bekannten und entsprechend localisirten Figur dieses reactionäre Treiben mit scharfer Satyre zu geißeln. Uebrigens

